

Projekt-Nr.: 330-9458-08/IR
„Bundesweites Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“

Anlage zum Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2008:
Sachbericht für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008

0. Vorbemerkung

Das „Bundesweite Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen“ (im Folgenden kurz *Clearingprojekt* genannt) wurde zum 1. September 2006 beim Interkulturellen Rat in Deutschland eingerichtet. Der Förderzeitraum beträgt drei Jahre. Das Projekt wird in diesem Zeitraum gefördert durch das Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie durch die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung. Eine Fortsetzung des Projekts über den Förderzeitraum hinaus ist im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds (EIF) beabsichtigt und beantragt (s. hierzu Punkt 6 des Sachberichts: „Verstetigungsperspektive“).

Inhaltlich arbeitet der Interkulturelle Rat im Rahmen des Projekts und im Rahmen seiner weiteren Arbeitsfelder in Einzelfragen und in unterschiedlicher Intensität mit Vertretungen der großen muslimischen Verbände – DITIB, ZMD, VIKZ, Islamrat – aber auch mit einzelnen Moscheegemeinden und/oder muslimischen Initiativen und Einzelpersonen zusammen. Kooperation erfolgt im Rahmen des Projekts darüber hinaus auch mit nichtmuslimischen Einrichtungen der Zivilgesellschaft und mit staatlichen Stellen auf Bundes- und auf Länderebene sowie in einzelnen Kommunen.

1. Ausgangslage und Herausforderung - Das Islambild oder: Die Kluft zwischen gefühlter und „wirklicher“ Wirklichkeit

Zwischen der öffentlichen Wahrnehmung des Islam und der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland in der Mehrheitsgesellschaft und der tatsächlichen Lebenswirklichkeit und Lebensführung von Muslimen in Deutschland besteht eine erhebliche Differenz, die allgemein eine integrationspolitische und speziell eine Herausforderung für das *Clearingprojekt* darstellt.

Die gefühlte Wirklichkeit

Unter dem Titel „Eine fremde, bedrohliche Welt“ veröffentlicht die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 17. Mai 2006 die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie.¹ Die Daten legen den Schluss nahe, dass *„in Deutschland ebenjener Prozess der Entfremdung zwischen abendländischer und islamischer Welt wie auch zwischen traditioneller Bevölkerung und den im Lande lebenden Muslimen selbst stattfindet, der, wenn man es pessimistisch betrachtet, als Beginn einer Konfliktspirale angesehen werden kann.“* Denn, so die Autoren der Studie, *„die Vorstellungen der Deutschen über den Islam waren bereits in den vergangenen Jahren negativ, doch sie haben sich in der jüngsten Zeit noch einmal spürbar verdüstert.“*²

¹ Noelle, E. und Petersen, T.: Eine fremde, bedrohliche Welt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2006. Seite 5.

² ebd.

So teilen 83 Prozent der befragten Personen die Aussage, der Islam sei von Fanatismus geprägt; 62 Prozent halten ihn für rückwärtsgewandt, 60 Prozent sind davon überzeugt, dass der Islam im Kern undemokratisch ist. 91 Prozent aller Befragten denken bei dem Stichwort „Islam“ an die Benachteiligung von Frauen und nur 8 Prozent wollen dem Islam Friedfertigkeit bescheinigen. Fast schon folgerichtig ist die Mehrzahl (58 Prozent) der befragten Personen davon überzeugt, dass es in der Zukunft zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung in Deutschland kommen wird.³

Die „wirkliche“ Wirklichkeit

Der verbreiteten gesellschaftlichen Ablehnung von Islam und Muslimen stehen Daten und Fakten unter anderem aus Berichten der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder und empirische Untersuchungen gegenüber, die ein sehr viel differenzierteres Bild zeichnen:

- Eine im Auftrag des Bundesministerium des Innern erarbeitete und im Dezember 2007 der Öffentlichkeit vorgestellte Studie von Prof. Dr. Peter Wetzels und Katrin Brettfeld zum Thema „Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt“⁴ liefert - neben besorgniserregenden gruppenspezifischen Befunden wie dem bei muslimischen Jugendlichen stark ausgeprägten Antisemitismus - deutliche Hinweise darauf, dass die Bedingungsgefüge und Anteile demokratiefeindlicher bzw. demokratiedistanzierter Muslime in Deutschland annähernd den in verschiedenen anderen Erhebungen ermittelten Daten und Anteilen bei Nichtmuslimen entsprechen:

„Die Ergebnisse der drei standardisierten Erhebungen zeigen dazu, dass unter den in Deutschland lebenden Muslimen eine relevante Minderheit existiert, die Einstellungen erkennen lässt, die durch Demokratiedistanz, eine Legitimation politisch-religiös motivierter Gewalt, an den Islam anknüpfende Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie Formen religiöser Intoleranz und Vorurteile gekennzeichnet sind. Diese Gruppe, bei denen von einem Radikalisierungspotenzial in verschiedener Hinsicht gesprochen werden kann, ist bei jüngeren Menschen deutlich größer als in der auch die ältere Generation umfassenden Allgemeinbevölkerung. Es handelt sich um Einstellungen, die vielfach Ähnlichkeiten mit dem aufweisen, was unter deutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Ungleichwertigkeitsideologien bereits häufiger beschrieben und mit den Begriffen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit oder auch Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden kann.

³ Vgl. ebd.

⁴ „Muslime in Deutschland - Integration, Integrationsbarrieren Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen“ Studie von Karin Brettfeld und Prof. Dr. Peter Wetzels unter Mitarbeit von Ramzan Inci, Sarah Dürr, Jan Kolberg, Malte Kröger, Michael Wehsack, Tobias Block und Bora Üstünel. Universität Hamburg, Institut für Kriminalwissenschaften - Abteilung Kriminologie im Juli 2007. Download unter: <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139732/publicationFile/14974/Muslime%20in%20Deutschland.pdf> (Link Stand 29. April 2009)

Die Bedingungsgefüge, die sich diesbezüglich bei den untersuchten Muslimen zeigen, weisen ebenfalls gewissen Parallelitäten auf: Begrenzte soziale Teilhabechancen, geringe Bildung, Bedrohungswahrnehmungen – in der Summe die Suche nach einfachen Lösungen in einer komplizierten Welt, das Bedürfnis nach eindeutigen Maßstäben und Regeln, die sich der Krücke der Konstruktion eines Feindbildes bedienen.⁵

- Über drei Millionen Muslime und Menschen mit Wurzeln in islamisch geprägten Ländern leben in der Bundesrepublik Deutschland. Laut Verfassungsschutzbericht des Jahres 2007 beläuft sich das „islamistische Personenpotenzial in Deutschland“ auf insgesamt 33.170 Muslime. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble selbst hat bei der Vorstellung des Berichts ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Zahlen nicht mit dem weitaus kleineren Bereich des gewaltbereiten Terrorismus gleichzusetzen sind.⁶ Der Personenkreis der sogenannten „Gefährder“ beläuft sich nach Verfassungsschutzberichten der Jahre 2006 und 2007 auf zwischen 300 und 900 Personen.⁷

Es gibt gute Gründe dafür, das aus der Sicht des *Clearingprojekts* verzerrte Bild des Islam und der Muslime in der Bundesrepublik Deutschland der Realität der Muslime und des muslimischen Lebens in unserem Land anzunähern:

- ***Weil ein falsches Islambild Ablehnung und die Befürwortung von Diskriminierung fördert***
Der am 8. Oktober 2008 von der Bundesregierung beschlossene „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“ weist darauf hin, dass gegenwärtig die Gefahr besteht, *„dass insbesondere Musliminnen und Muslime einem Generalverdacht ausgesetzt werden, der im Extremfall in Diskriminierungen oder Übergriffe mündet bzw. münden kann.“⁸*

Nach einer repräsentativen Umfrage des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld aus dem Jahre 2008 (Heitmeyer) fühlen sich 34,9 Prozent aller Befragten „durch die vielen Muslime hier (...) wie ein Fremder im eigenen Land.“ Das verbreitete Unbehagen und die Angst vor Muslimen und dem Islam führen dazu, dass bei vielen Nichtmus-

⁵ Kurzdarstellung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens: „Muslime in Deutschland - Integration, Integrationsbarrieren Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen“. Seite 34. Download unter: <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/139730/publicationFile/19580/Muslime%20in%20Deutschland%20Kurzdarstellung.pdf> (Link Stand 29. April 2009)

⁶ Vgl.: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2007. Redaktion: Bundesamt für Verfassungsschutz. Berlin im Mai 2008. Hier: Rede von Bundesinnenminister Schäuble anlässlich der Vorstellung des Berichts am 15. Mai 2008. S. 3f. Download unter: http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2007.pdf (Link Stand 29. April 2009)

⁷ Vgl. hierzu beispielsweise: 890 gefährliche Islamisten leben in Deutschland. In: *Die Welt* vom 5. September 2007.

⁸ Nationaler Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassen-diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz. Oktober 2008. S. 105 Download unter: http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/150674/publicationFile/18318/Nationaler_Aktionsplan_gegen_Rassismus.pdf (Link Stand 29. April 2009)

limen eine große Bereitschaft besteht, Muslimen in Deutschland fundamentale Rechte zu beschneiden. So unterstützen immerhin 24 Prozent aller vom IKG Befragten die Forderung danach, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen.⁹

Die bereits erwähnte Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie aus dem Jahre 2006 zeigt auf, was diese generelle Ablehnung konkret bedeutet:

- 40 Prozent sind dazu bereit, die Ausübung der islamischen Religion in Deutschland einzuschränken um so zu verhindern, dass es zu viele gewaltbereite Muslime gibt.
- 56 Prozent der Befragten finden, dass es in Deutschland verboten sein sollte, Moscheen zu bauen, solange es in manchen islamischen Ländern verboten ist, Kirchen zu bauen.
- 74 Prozent der Befragten sind der Auffassung, eine Moschee solle auch dann nicht gebaut werden, wenn die Behörden dem Bau zugestimmt haben, aber die Bevölkerung vor Ort sich dagegen ausspricht.¹⁰

Es ist dieses Klima, das bei Muslimen in Deutschland das Gefühl aufkommen lässt, von der Gesellschaft zu Unrecht abgelehnt und mit Misstrauen beübt zu werden. Das zeigt die bereits erwähnte Studie von Wetzels/Brettfeld, nach der die meisten der befragten Muslime zwar der Überzeugung sind, ihre Religion in Deutschland frei praktizieren zu können, zugleich aber jeder Dritte sich von Nichtmuslimen pauschal abgelehnt fühlt.¹¹ Und es ist dieses gesellschaftliche Klima, in dem Muslimen der vergleichsweise reibungslose und protestfreie Bau einer Moschee in Duisburg als „Wunder von Marxloh“ erscheint.¹²

- ***Weil Rassisten sich ein falsches Islambild zu Nutze machen***
Rassisten und Rechtsextremisten haben die Angst vor dem Islam und den Muslimen längst als Mobilisierungsthema und geeigneten Transmissionsriemen für den Aufbau und die Weiterentwicklung rechtsextremer und demokratiefeindlicher Strukturen ausgemacht. Hasstiraden wie diese werden im Schutz der Anonymität und unter eindeutigen Pseudonymen alltäglich über das Internet verbreitet und von mehreren zehntausend Usern pro Tag gelesen¹³:
 - *„Das Einzige was gegen den Islam hilft ist nackte, rücksichtslose Gewalt!“* (nuovo am 22. Oktober 2008)

⁹ Deutsche Zustände im 20. Jahr nach dem Fall der Mauer. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ am 4. Dezember 2008 in Berlin. S. 7. Download über <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/> (Stand Link: 29. April 2009)

¹⁰ Vgl. Noelle E. und Petersen, T. a.a.O.

¹¹ Vgl.: Kurzdarstellung der Ergebnisse des Forschungsvorhabens: „Muslime in Deutschland - Integration, Integrationsbarrieren Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen“. Seite 12.

¹² Der Begriff des „Wunders von Marxloh“ wurde in einer Ansprache zur Eröffnung der Moschee im Duisburger Stadtteil Marxloh von Elif Saat geprägt. Die junge Frau leitet die Bildungs- und Begegnungsstätte der DITIB, die an die Moschee angegliedert worden ist.

¹³ Alle nachfolgenden Zitate entstammen dem Internetblog *Politically Incorrect*.

- *„Jeder Musel der einen Deutschen anpöbelt sollte dafür mit 50 Peitschenhieben auf den nackten Allerwertesten bestraft werden. Jeder Musel der einen Deutschen tätlich angreift ist mit 100 Peitschenhieben und Ausweisung - der gesamten Sippe - zu bestrafen.“* (Linkenscheuche am 28. Oktober 2008)
 - *„Zu viele deutsche Frauen legen sich unter Muselanten. Ein Graus, es sollte ihnen verboten sein sich mit diesem Abschaum einzulassen. Es fehlt ihnen an Kritikfähigkeit, da sie Gehirngewaschen sind. Sie brauchen Aufklärung die beginnt schon in der Windelhose wie eben jede Erziehung. Und wenn es schon sein muss sich mit Dreck zu beschmutzen sollt unbedingt verhindert werden Muselantenbastarde zu produzieren.“* (Masho am 26. Oktober 2008)
 - *„die mächte, die ihre augen auf den islam gelenkt und diesen als tödliche bedrohung erkannt haben, sind eben erst aufgewacht uralt und hungrig. sie warten nur auf den richtigen augenblick. die zeit, in der der islam durch wohlmeinende dummheit am leben erhalten wird, wird dann vorbei sein. das ende wird brutal, endgültig und ohne eine möglichkeit der reue sein.“* (Kyklop am 25. Apr 2009)
- ***Weil ein falsches Islambild auch auf die Politik wirkt***
Nicht nur in Gesetzen zur inneren Sicherheit und zur Terrorismusbekämpfung, sondern auch in der allgemeinen Migrations- und Integrationspolitik ist die durch das verfälschte Islambild begünstigte Skepsis gegenüber dem Islam und den Muslimen in Deutschland zu einem Faktor geworden, der Wirkung entfaltet und – nach Auffassung des Projektverantwortlichen – oftmals zu nicht sachgerechten Regelungen führt. So wurden Einschränkungen und Restriktionen beim Familiennachzug – beispielsweise die Einführung einer Altersgrenze und der Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen schon vor der Einreise – vom Gesetzgeber damit begründet, Zwangsehen (muslimischer Frauen und Mädchen) erschweren und unterbinden zu wollen. Die seit 1. September 2008 zur Anwendung kommenden Tests für Einbürgerungskandidaten zielt in mehreren Fragen wenigstens indirekt auf Muslime und die ihnen unterstellten Verhaltensweisen ab (u.a. freie Wahl des Ehepartners, Scheidungsrecht, Verbot der Mehrehe). Der im Bundesland Baden-Württemberg entwickelte und zur Anwendung kommende Befragungsleitfaden für die Einwanderungsbehörden ist ein weiteres Beispiel für die von der Angst vor Muslimen geleiteten Einbürgerungspolitik. Er hantiert mit vielen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Muslimen und hat damit einen Beitrag dazu geleistet, die hohen Hürden auf dem Weg der Einbürgerung mit der Gefahr einer Islamisierung Deutschlands zu rechtfertigen. Auch die Debatten um das allgemeine kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner und die Debatten um die Förderung der Muttersprache parallel zur Förderung der deutschen Sprache sind durch die Angst und das Misstrauen gegenüber dem Islam und den in Deutschland lebenden Muslimen beeinflusst.
 - ***Weil ein falsches Islambild ein gefährliches Eigenleben entfalten kann***
Aus der Psychologie bekannt ist der Begriff der Self-Fulfilling-Prophecy. Einmal in der Welt neigen wir – unabhängig von seinem Wahrheitsgehalt – dazu, nach der Bestätigung eines Bildes zu suchen. Gesagtes wird somit nur deshalb Wirklichkeit, weil es gesagt wurde:

„Was tun Sie, wurde Herr K. gefragt, wenn sie einen Menschen lieben? Ich mache einen Entwurf von ihm, sagte Herr K, und Sorge dafür, das er ihm ähnlich wird. Wer? Der Entwurf? Nein, sagte Herr K., der Mensch.“ (Bertold Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner)

Auch auf die, die beschrieben werden, wirken die Bilder. Max Frisch hat sich in seinem Lehrstück Andorra mit der Macht der Zuschreibungen am Beispiel von Andrei auseinandersetzt, der schließlich genau das wird, was die Andorraner in ihm sehen wollen:

„Seit ich höre, hat man mir gesagt, ich sei anders, und ich habe geachtet darauf, ob es so ist wie sie sagen. Und es ist so, Hochwürden: Ich bin anders. Man hat mir gesagt, wie meinesgleichen sich bewege, nämlich so und so, und ich bin vor den Spiegel getreten fast jeden Abend. Sie haben recht: Ich bewege mich so und so. Ich kann nicht anders. Und ich habe geachtet auch darauf, ob's wahr ist, dass ich alleweil denke ans Geld, wenn die Andorraner mich beobachten und denken, letzt denke ich ans Geld, und sie haben abermals recht: Ich denke alleweil ans Geld. Es ist so. Und ich habe kein Gemüt, ich hab's versucht, aber vergeblich: Ich habe kein Gemüt, sondern Angst. Und man hat mir gesagt, meinesgleichen ist feig. Auch darauf habe ich geachtet. Viele sind feig, aber ich weiß es, wenn ich feig bin. Ich wollt es nicht wahrhaben, was sie mir sagten, aber es ist so. Sie haben mich mit Stiefeln getreten, und es ist so. wie sie sagen: Ich fühle nicht wie sie. Und ich habe keine Heimat. Hochwürden haben gesagt, man muss das annehmen, und ich hab's angenommen.“

2. Konsequenzen für das Projekt

Wenn das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen gelingen soll, dürfen wir uns nicht von einem verfälschten Islambild leiten lassen. Schon heute ist unter den Muslimen in Deutschland das Gefühl verbreitet, von der Mehrheitsgesellschaft zu Unrecht abgelehnt und mit Misstrauen beäugt zu werden.¹⁴ Bei einigen fördert und begünstigt dies die Abwendung von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft und die Ausprägung abgeschotteter Strukturen.

Hieraus ergibt sich eine große Herausforderung: Wir müssen alles tun, um Solidarisierungseffekten oder dem Entstehen einer „Sympathisantenszene“ mit den wenigen gewaltbereiten Islamisten in Deutschland vorzubeugen. Daraus folgt nicht nur für das *Clearingprojekt*, sondern für alle Projekte, die sich um das Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen bemühen, die deutschen Muslime wie auch die Muslime in Deutschland mit einer „Politik der strikten Gleichbehandlung“ – das bedeutet keine Benachteiligung, aber auch keine Bevorzugung – für diesen Staat, für diese Gesellschaft und für seine freiheitlich-demokratische Grundordnung zu gewinnen.

¹⁴ Vgl. Anmerkung 15.

3. Aufgabenbeschreibung und Struktur

In diesem Sinne versteht sich das *Clearingprojekt* als eine Anlaufstelle

- für Muslime, die sich in ihren Rechten verletzt oder von Diskriminierung betroffen sehen und
- für Nicht-Muslime, die kritische Anfragen an das konkrete Verhalten von Muslimen haben.

Es versteht sich zudem als eine Stelle, die sich darum bemüht, die Gesellschaft über muslimisches Leben in Deutschland zu informieren und aktuelle gesellschaftliche Debatten über das Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland zu versachlichen.

4. Aktivitäten

Im Berichtszeitraum war das Projekt durch folgende Maßnahmen und Aktivitäten darum bemüht, die genannten Projektziele umzusetzen:

a) Bearbeitung von Eingaben und Anfragen an das *Clearingprojekt*

Monatlich erreichten das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum durchschnittlich etwa 100 Anfragen und Eingaben unterschiedlichster Qualität und Intensität. Damit hat sich die Zahl der beim Projekt eingehenden Eingaben und Anfragen gegenüber dem Berichtsjahr 2007 um etwa 25 Prozent erhöht. Anfragen und Eingaben erreichten den Projektträger telefonisch, per Mail, Brief oder durch persönliche Gespräche im Rahmen der Gremien- oder Öffentlichkeitsarbeit. Im einzelnen gliedern sich die Anfragen wie folgt auf:

Monat	Anfragen	davon im Projekt bearbeitet	davon in Strukturen vermittelt	davon weiterverwiesen	davon nicht bearbeitet
Januar	94	42	22	17	13
Februar	102	56	16	22	8
März	92	48	19	17	8
April	117	72	12	19	14
Mai	96	33	27	24	12
Juni	91	44	24	20	3
Juli	75	41	16	11	7
August	82	43	16	14	9
September	124	58	19	23	24
Oktober	109	50	25	16	18
November	132	55	28	15	34
Dezember	93	60	16	11	6
Gesamt	1207	602	240	209	156

Trotz der erneuten Zunahme der Anfragen und Eingaben wurde die im grundlegenden Projektantrag vom 27. September 2006 bezifferte Erwartung von monatlich zwischen 120 und 150 Anfragen und Eingaben aber auch im Berichtsjahr 2008 nicht erreicht. Mögliche Gründen für die Differenz zwischen erwarteten und

tatsächlichen Anfragen und Eingaben wurden bereits in dem – den Zuwendungsgebern vorliegenden – Sachbericht für das Jahr 2007 dargelegt und bestehen fort.

Erläuterung der Kategorien

- ***Davon nicht bearbeitet:*** Bei etwa 13 Prozent der im Berichtszeitraum beim *Clearingprojekt* anhängig gemachten Anfragen und Eingaben (156 Vorgänge) handelte es sich um meist anonyme und in der Regel islamfeindliche Eingaben per Mail, Brief oder Telefon, in denen generalisierende und pauschale Vorwürfe gemacht wurden, die eine sachlichen Diskussion nicht zuließen. In diesen Fällen, hat das *Clearingprojekt* in der Regel nicht reagiert, um ineffektive und ergebnislose Endlosdiskussionen zu vermeiden.
- ***Davon weiterverwiesen:*** Im Berichtsjahr 2008 erreichten das Projekt 209 Anfragen und Eingaben (entspricht ca. 17 Prozent), die außerhalb seines eigentlichen Kompetenzbereichs lagen. Dabei handelte es sich meist um ausländerrechtliche Anfragen und Eingaben sowie um Anfragen, die in den Geltungsbereich der im Jahre 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes fallen und bei denen der Vorwurf der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft im Raum stand. In diesen Fällen hat das Projekt nach dem Erstkontakt regelmäßig an kompetente Ansprechpartner in staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Strukturen verwiesen.
- ***Davon im Projekt bearbeitet bzw. in Strukturen vermittelt:*** Insgesamt 842 Anfragen und Eingaben wurden während des Berichtszeitraums bearbeitet bzw. nach Rücksprache mit den Betroffenen an kompetente zivilgesellschaftliche oder staatliche Strukturen weitervermittelt. Dabei erhöhte sich die Zahl der im Rahmen des Projekts bearbeiteten Anfragen und Eingaben gegenüber dem Berichtsjahr 2008 nur um ca. 10 Prozent, während die Zahl der in andere Strukturen weitervermittelten Anfragen und Eingaben um etwa 50 Prozent zunahm. Die ungleiche Entwicklung erklärt sich insbesondere durch die im Projektfortgang stark ausgeweitete Vernetzung des Projekts. Die Weitervermittlung in andere kompetente Beratungsstrukturen trug erheblich dazu bei, die bereits im Sachbericht für das Haushaltsjahr 2007 dargelegten Arbeitsbelastung im Rahmen des Projekts den gegebenen Ressourcen anzupassen.

Zur methodischen Vorgehensweise des *Clearingprojekts* bei Anfragen und Eingaben verweisen wir auf die ausführlichen Ausführungen in dem Sachbericht für den Zeitraum 1. September bis 31. Dezember 2006, der den Zuwendungsgebern vorliegt.

Handlungsfelder

Einige der Handlungsfelder und Fragestellungen, mit denen das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum besonders intensiv befasst war, sollen im folgenden umrissen und anhand einzelner exemplarischer Anfragen kurz beschrieben werden:

Moscheen und Moscheebauten

Das *Clearingprojekt* erreichten auch im Berichtszeitraum 2008 Eingaben und Informationsanfragen u.a. von kommunalen Integrationsbeauftragten, Anwohnern oder

Funktionsträgern aus Moscheevereinen in Kommunen, in denen Moscheebauprojekte geplant oder in der Realisierungsphase sind und vor Ort Polarisierungen und Konflikte zu befürchten oder bereits zu konstatieren sind. Zur Bearbeitung solcher Konflikte bedarf es in der Regel erheblicher personeller Ressourcen sowie einer profunden Kenntnis bereits entwickelter Kommunikationsstrukturen und der sozialen Situation vor Ort. Das *Clearingprojekt* hat auf diese Herausforderung reagiert a) mit der *Herstellung und Vermittlung von Kontakten* zwischen Personen und Funktionsträgern aus den von einem Konflikt betroffenen Kommunen mit verantwortlichen Persönlichkeiten aus Städten und Gemeinden, in denen Moscheebauprojekte weitgehend einvernehmlich realisiert wurden (know-how-Transfer) und b) der Verbreitung der im Jahr 2007 im Rahmen des Projekts veröffentlichten und den Zuwendungsgebern vorliegenden *Informationsbroschüre* zum Thema „Moscheen als Orte der Spiritualität und Integration“. Die Broschüre wurde zwischenzeitlich in mehreren tausend Exemplaren angefordert und versendet.

Schulfragen

Viele der Anfragen und Eingaben, die das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum erreichen, drehen sich um Fragen der Schule und des Schulalltags. Stichworte sind u.a. die Teilnahme muslimischer Schülerinnen und Schüler an Klassenfahrten, der gemeinsame Sport- und Schwimmunterricht, die Darstellung des Islam in Schulbüchern sowie Auswirkungen des Ramadan auf die Leistungsfähigkeit muslimischer Schülerinnen und Schüler. Beispiele:

(a) Sport- und Schwimmunterricht: Die Praxis der Befreiung von Sport- und Schwimmunterricht, wenn dieser ko-edukativ erteilt wird, beschäftigte das *Clearingprojekt* trotz seiner bereits im Jahr 2007 vorgestellten Untersuchungsergebnisse bei den Kultusministerien der Länder (siehe den Sachbericht für das Jahr 2007) auch im Berichtszeitraum 2008 häufig.

Mit einem im Mai 2008 ergangenen Urteil des Verwaltungsgericht Düsseldorf (Az.: 18 K 301/08 vom 7. Mai 2008) wurde ein zwölfjähriges Mädchen zur Teilnahme am ko-edukativen Schwimmunterricht verpflichtet. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, es sei der Schule organisatorisch nicht zuzumuten, einen nach Geschlechtern getrennten Schwimmunterricht anzubieten. Zudem finde der größte Teil des Schwimmunterrichts im Wasser statt. Man könne daher die Körperkonturen des Mädchens nur schwer erkennen und es gebe Möglichkeiten für akzeptable Schwimmkleidung wie Leggings oder Bermuda-Shorts. Werde von diesem Gebrauch gemacht, sei ein Eingriff in die Religionsfreiheit, falls überhaupt noch festzustellen, auf ein zumutbares Minimum reduziert.

Seitdem wurde Anträgen auf Befreiung von Schulen in Nordrhein-Westfalen mehrfach nicht mehr stattgegeben, obwohl die Revision gegen dieses Urteil zugelassen wurde und seine Begründung aus Sicht der Projektleitung nicht mit den Leitsätzen des einschlägigen höchstrichterlichen Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahre 1993 in Übereinstimmung zu bringen sind. Denn danach ist die Schule dazu verpflichtet, alle ihr zu Gebote stehenden zumutbaren organisatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen, für Mädchen ab der Pubertät einen nach Geschlechtern getrennten Sportunterricht einzurichten und anzubieten. Wenn die Schule dieser Verpflichtung nicht nachkommt oder nicht nachkommen kann, sind Mädchen, die ihre religiöse Überzeugung glaubwürdig und dauerhaft leben, auf Antrag vom Sportunterricht zu befreien. Das *Clearingprojekt* ist in dieser Sache an das Schulministerium in

Nordrhein-Westfalen herangetreten und hat um Klärung gebeten. Mit Schreiben vom 16. Oktober 2008 hat das Ministerium mitgeteilt, dass „*das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf eine einzelne, im Übrigen nicht rechtskräftige Entscheidung eines erstinstanzlichen Gerichts darstellt. Diese gibt für sich allein keine Veranlassung, die bisherige (...) Praxis der Bearbeitung von Anträgen auf Befreiung von Schwimmunterricht aus religiösen Gründen abzuändern.*“ Dieses Schreiben wurde zwischenzeitlich mehreren eingehenden Eltern betroffener Schülerinnen weitergeleitet, um hiermit an die Schulen ihrer Kinder herantreten zu können.

Vereinzelt erreichten das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum Elternhinweise, nach denen weiterführende Schulen schon mit der Anmeldung von Eltern verlangen, dafür Sorge zu tragen, dass die Kinder bis zum 6. Schuljahr schwimmen gelernt haben *und dann am Schwimmunterricht teilnehmen*. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Selbstverpflichtung völlig unabhängig davon, ob und wie intensiv sich eine Schule darum bemüht, den Schwimmunterricht so zu gestalten, dass die Belange muslimischer Schülerinnen berücksichtigt werden.

(b) Schulbuchfragen: Immer wieder erreichten das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum Eingaben, in denen Eltern muslimischer Schülerinnen und Schüler, vereinzelt aber auch Lehrkräfte um eine Einschätzung und Beurteilung bitten, ob Texte in *Schulbüchern*, die sich z.B. mit dem Islam, mit Integrationsfragen oder der Beschreibung des Alltags in muslimisch geprägten Länder befassen, dazu geeignet sind, Vorurteile und Ablehnung zu schüren. Entsprechende Einschätzungen und Beurteilungen haben wir den Eingebenden zugeleitet und - wenn uns Darstellungen als problematisch erschienen - auch an die Schulbuchverlage weitergegeben.

(c) Ramadan und Schulalltag: Das *Clearingprojekt* wurde im Berichtszeitraum von mehreren Lehrerinnen und Lehrern angesprochen, die bei ihren muslimischen Schülerinnen und Schülern während des *Ramadan* eine *Leistungsverschlechterung* feststellten, die sie auf das Fasten (kein Essen und kein Wasser) und auf einen verschobenen Schlaf-Wach-Rhythmus zurückführen. Insbesondere bei Schülerinnen und Schülern in Abschlussklassen würden Ausbildungs- und Berufsperspektiven hiervon im Einzelfall stark beeinträchtigt. Das Projekt ist deshalb an verschiedene muslimische Organisationen herangetreten und hat um Stellungnahmen gebeten. Die Rückmeldungen der muslimischen Organisationen wurden auf der Homepage des Projekts zusammengestellt und im Rahmen einer Pressemitteilung am 1. September 2008 der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie reichen von konkreten Anregungen, wie die negativen Folgen des Fastens zu minimieren sind bis hin zu Verweisen auf das islamische Prinzip der Erleichterung, nach dem es möglich wäre, das Fasten z.B. in einer Prüfungssituation auszusetzen.

Das muslimische Kopftuch

Immer wieder war das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum 2008 mit Eingaben beauftragt, bei denen die Kopftuchthematik im Mittelpunkt stand. Das ist nach Auffassung der Projektleitung eine mittelbare Folge der Argumentationsmuster, mit denen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes im Jahre 2003 in verschiedenen Bundesländern sogenannte Kopftuchverbotsgesetze hergeleitet wurden.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom 24. September 2003 (2 BvR 1436/02) ausgeführt, das Kopftuch könne verschiedenste Deutungen erfahren: „*Neben dem Wunsch, als verpflichtend empfundene, religiös fundierte Bekleidungs-*

regeln einzuhalten, kann es auch als ein Zeichen für das Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. In jüngster Zeit wird in ihm verstärkt ein politisches Symbol des islamischen Fundamentalismus gesehen, das die Abgrenzung zu Werten der westlichen Gesellschaft, wie individuelle Selbstbestimmung und insbesondere Emanzipation der Frau, ausdrückt. (...) die Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass angesichts der Vielfalt der Motive die Deutung des Kopftuchs nicht auf ein Zeichen gesellschaftlicher Unterdrückung der Frau verkürzt werden darf. Vielmehr kann das Kopftuch für junge muslimische Frauen auch ein frei gewähltes Mittel sein, um ohne Bruch mit der Herkunftskultur ein selbstbestimmtes Leben zu führen.“

Genau diese Mehrdeutigkeit wurde in den Gesetzgebungsverfahren der Länder in Abrede gestellt. Das muslimische Kopftuch wurde reduziert auf ein Symbol, das seine Trägerin wahlweise als Unterstützerin oder als Opfer einer politischen Lesart des Islam ausweist. Dieses exklusive Deutungsmuster blieb nicht ohne Folgen und Auswirkungen auf die verschiedensten Lebens- und Arbeitsbereiche muslimischer Frauen. Denn konsequenterweise hat ein solchermaßen definiertes Symbol nicht nur auf dem Kopf der Lehrerin, sondern auch auf dem Haupt der Schülerin, der Erzieherin im Kindergarten, der Praktikantin oder der Kollegin keine Existenzberechtigung.

Das *Clearingprojekt* ist immer wieder mit Eingaben muslimischer Eltern befasst, nach denen Schulen – oft in Zusammenarbeit mit der Elternschaft oder mit Fördervereinen – im Zuge der Erarbeitung verbindlicher Schul- oder Verhaltensordnungen oder im Zuge der Erarbeitung eines Schulprofils Regeln aufstellen, die muslimischen Schülerinnen das Tragen des Kopftuchs unmöglich machen sollen: „Ich trage in der Schule angemessene Kleidung und keine Kopfbedeckung im Unterricht.“ So oder ähnlich lauten die Klauseln, wegen denen sich muslimische Schülerinnen oder Eltern an das *Clearingprojekt* wenden. In mehreren Fällen konnte das *Clearingprojekt* durch erläuternde Hinweise auf die diesbezügliche Rechtslage und entsprechende Auskünfte der Kultusministerien mit dazu beitragen, dass in den schließlich verabschiedeten Selbstverpflichtungen/Schulordnungen o.ä. ausdrücklich geregelt wurde, dass religiös begründete Kopfbedeckungen von dem Verbot ausgenommen sind.

Der wohl bekannteste Fall in Zusammenhang mit der Frage des Kopftuchs auf dem Haupt der Schülerin hat sich im Schuljahr 2008/2009 in einer Schule in Nordrhein-Westfalen zugetragen. Im einem Elternbrief für das Schuljahr 2008 teilte der Schulleiter mit: *„Das Tragen von Kopfbedeckungen während des Unterrichts ist nicht erlaubt. Dies gilt gleichermaßen auch für das Tragen von Kopftüchern aus religiösen Gründen. Wir leben in einem Land, das an christlichen und demokratischen Werten orientiert ist. Das Kopftuch wird von uns als Symbol der Unterdrückung der Frau und fehlender Gleichberechtigung betrachtet. Es widerspricht somit nicht nur den entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes, sondern auch den Werten, die wir unseren Schülerinnen und Schülern vermitteln wollen und die in unserem Schulprogramm verankert sind. Das Tragen von Kopftüchern ist deshalb an unserer Schule unerwünscht. Wer unbedingt möchte, dass seine (!; Anmerkung des Verfassers) Tochter in der Schule ein Kopftuch trägt, sollte sich gut überlegen, ob die (...) Schule die richtige Schule für seine Weltanschauung und seine Tochter ist.“* Nach Intervention unter anderem auch des *Clearingprojekts* hat die Bezirksregierung Düsseldorf in einer Pressemitteilung am 13. Oktober 2008 mitgeteilt, dass in einem Gespräch mit dem Schulleiter der Düsseldorfer Anne-Frank-Realschule klargestellt worden sei, *„dass es eine rechtliche Grundlage für ein Kopftuchverbot im Schulgesetz des Lan-*

des NRW nicht gibt, so dass es Schulen nicht möglich ist, Schülerinnen, die Kopftüchern aus religiösen Gründen tragen, dieses generell zu verbieten. Auch der Beschluss der Schulkonferenz der Anne-Frank-Realschule, eine einheitliche Schulkleidung einzuführen, biete hierfür keine rechtliche Grundlage.“¹⁵

Mehrfach konfrontiert war das *Clearingprojekt* in 2008 auch mit Eingaben junger Frauen, die während der *Berufsausbildung* oder der *Berufsfindung* wegen ihres Kopftuches Einschränkungen erfahren haben. Beispiel: Eine kopftuchtragende junge Frau will Hebamme werden und absolviert in einem nicht konfessionellen Krankenhaus ein Praktikum. Nach den ersten drei Wochen wird sie von der aus dem Urlaub zurückkehrenden Pflegedienstleitung aufgefordert, das Kopftuch aus hygienischen Gründen abzulegen. Die junge Frau ist hierzu nicht bereit. Sie vermutet hinter dieser Aufforderung Patientenbeschwerden und beendet das Praktikum vorzeitig. Das *Clearingprojekt* schaltet sich ein und schafft die Möglichkeit zu einem Gespräch, in dem beide Seiten ihre Positionen austauschen können.

Benachteiligung beim Zugang zu privaten Dienstleistungen

Auch im Berichtszeitraum 2008 war das *Clearingprojekt* Adressat von Anfragen und Eingaben, in denen Muslime anführen, ihnen sei der Zugang zu einer privaten Dienstleistung wegen ihres tatsächlichen oder zugeschriebenen religiösen Bekenntnisses verweigert worden. Beispiele hierfür sind die Bereitstellung von *Veranstaltungsräumen, Wohnungsvermietungen, Mitgliedschaften in Sport- oder Fitnessclubs* oder *Zutritt zu gastronomischen Betrieben*. In solchen Fällen ergeben sich in der Praxis klare Bezüge zu dem seit August 2006 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichstellungsgesetz. Auch die Nachweisproblematik, mit der das Gleichstellungsgesetz behaftet ist, stellt sich in ähnlicher Form. Es ist im Einzelfall oft nicht oder nur schwer möglich, den Nachweis zu führen, dass tatsächlich eine Benachteiligung oder Diskriminierung stattgefunden hat. In diesen Fällen kann das *Clearingprojekt* für sich zwar nicht in Anspruch nehmen, der konkret betroffenen Person geholfen zu haben; es ist aber davon auszugehen, dass allein durch die Anfrage des *Clearingprojekts* eine Sensibilisierung erfolgt, die dazu führt, dass diskriminierendes Verhalten nicht mehr ohne weiteres in die Zukunft fortgeschrieben wird.

Probleme in Beziehungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen

Regelmäßig wurde das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum 2008 um Rat und Unterstützung im Falle von Problemen in Beziehungen zwischen einem muslimischen und einem nichtmuslimischen Partner gebeten. Neben Streitfragen um die religiöse Erziehung von Kindern nach dem Ende der Partnerschaft stehen immer wieder Konstellationen im Raum, in denen der/die nichtmuslimische Partner/in von den Eltern des/der muslimischen Partners/Partnerin nicht akzeptiert bzw. wegen dieser Befürchtung eine Beziehung nicht eingegangen oder geheimgehalten wird. In solchen Fällen vermitteln wir in der Regel in kompetente Beratungsstrukturen vor Ort oder bieten den Kontakt zu muslimischen Persönlichkeiten an, die zu einem Gespräch mit den Eltern oder zur Vermittlung zwischen den streitenden Partnern bereit sind.

Diskriminierung anderer Minderheiten durch Muslime

Eingaben und Anfragen, in denen zumeist Nichtmuslime auf problematisches, integrationsfeindliches und/oder diskriminierendes Verhalten auf muslimischer Seite hinweisen, waren auch im Berichtsjahr 2008 Gegenstand der Arbeit im Rahmen des

¹⁵ Pressemitteilung 132/2008 der Bezirksregierung Düsseldorf vom 13.10.2008: Kein Kopftuch-Verbot an Düsseldorfer Realschule.

Clearingprojekts. In Fällen, in denen die Anfragenden konkrete Vorhaltungen machen, hat das *Clearingprojekt* Kontakt aufgenommen und die Gegenseite um Stellungnahme und Reaktion gebeten. Damit ist es in der alltäglichen Praxis vielfach gelungen, missverständliche Sachverhalte aufzuklären, die Versicherung zu erhalten, dass Missstände behoben werden oder konkrete Verhaltensänderungen zu erreichen. Die Spannbreite solcher Eingaben und Anfragen reichte im Berichtszeitraum von globalen kritischen Nachfragen zur Positionierung von Funktionären muslimischer Verbänden im Spannungsfeld von Grundgesetz und islamischen Rechtsvorstellungen über Hinweise auf die Verbreitung homophober oder antisemitischer Schriften und Flugblätter im Umfeld von Moscheen oder in Verbandzeitschriften bis hin zu Klagen, nach denen muslimische Verbände andere religiöse Minderheiten aus bekenntnisübergreifenden Diskussionsforen und interreligiös ausgerichteten runden Tischen fernhalten.

Beispiel: Das Interreligiöse Forum in Hamburg hat laut Geschäftsordnung bisher im Konsens über neue Mitglieder entschieden. Der Antrag der Bahá'í-Gemeinde auf Zulassung wurde von einer muslimischen Organisation mehrfach durch ein Veto verhindert. Hier hat sich das *Clearingprojekt* eingeschaltet und die vetoerhebende Einrichtung um Stellungnahme gebeten. Durch diese und andere Interventionen ist es zwischenzeitlich gelungen, den Bahá'í die Mitarbeit im Interreligiösen Forum Hamburg möglich zu machen.

Entwicklung und Mitarbeit an Konzepten und themenorientierten Projekten

Die Expertise des *Clearingprojekts* wurde im Berichtszeitraum immer wieder von der Politik, Verwaltung und der Wissenschaft angefragt und bei der Erarbeitung kultursensibler Konzepte hinzugezogen. Beispiele:

- Beratung bei der Entwicklung von Konzepten zur Prävention oder zur Überwindung von Suchtkrankheiten. Was ist in Projekten zu bedenken, die auch Muslime und deren Familien erreichen wollen? Mitarbeit an Konzepten der aufsuchenden Drogenarbeit, mit dem auch junge abhängige Muslime und ihre Familienangehörige erreicht werden sollen.
- Beratung bei der Erarbeitung kommunaler Integrationskonzepte oder Vermittlung von Kontakten zu kommunalen Stellen, die solche Konzepte schon in der Vergangenheit entwickelt und realisiert haben.
- Beratung von Organisationen und Einrichtungen, die Studien und Umfragen im Themenfeld „Islam und Muslime“ durchführen. Mitgewirkt haben wir im Berichtszeitraum u.a. an der Erarbeitung der Befragungsbogen der Bertelsmann-Stiftung für den sogenannten Religionsmonitor oder an der im Frühjahr 2009 veröffentlichten Studie von Human Rights Watch zur Diskriminierung kopftuchtragender Frauen in der Bundesrepublik Deutschland.

Beantwortung von Informationsanfragen

Das *Clearingprojekt* erreichte im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Informationsanfragen, die in der Regel zeitnah und umfassend beantwortet wurden. Es ist zu begrüßen, dass bei Journalisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen aber auch bei Einzelpersonen großes Interesse bezüglich des muslimischen Lebens in Deutschland vorhanden ist. Themenbereiche, zu denen das *Clearingprojekt* in 2008 besonders viele oder besonders interessante Anfragen erhalten hat:

- Einordnung der Studie „Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland“ von Wetzel/Brettfeld;
- Thema Türkei auf der Frankfurter Buchmesse (inkl. der Integrationsthematik und der Absage des Mohammed-Look-Alike-Wettbewerbs der Satire-Zeitschrift *Titanic*);
- Hintergründe zur Delinquenz von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte (im Zuge des hessischen Landtagswahlkampfes im Jahre 2008);
- Hintergründe zu der gegen den Bau einer Moschee gerichteten „PRO Köln“-Veranstaltung im September 2008;
- Anfragen zur aktuellen Pflegesituation für Muslime in Deutschland.

Das *Clearingprojekt* informiert bei solchen Anfragen in direkten Gesprächen, durch Stellungnahmen, durch Literaturhinweise oder durch die Vermittlung von Kontakten und Gesprächspartnern.

Mit der Broschüre „Einfach fragen! Alltag mit Muslimen“ hat das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum zudem auf immer wiederkehrende Einzelanfragen reagiert, die Irritationen im täglichen Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen thematisierten und in der Regel durch einfache Sachinformationen über religiöse Gebote und Regeln beantwortet werden konnten, die für viele Muslime im Alltag relevant sind (siehe hierzu Punkt 3c des Sachberichts).

b) Mitarbeit in Organisationen, Gremien und Netzwerken sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum hat das *Clearingprojekt* – vertreten durch den Projektleiter – regelmäßig u.a. in folgenden Organisationen, Strukturen, Netzwerken und Gremien mitgearbeitet und dabei entweder aktuelle Arbeitsschwerpunkte und den Projektfortgang vor- und zur Diskussion gestellt oder sein Fachwissen zu Fragen der Integration von Muslimen zur Verfügung gestellt:

- Arbeitskreis Ausländische Arbeitnehmer/Migration bei der Industriegewerkschaft Ausländerbeauftragter der Stadt Leipzig
- Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Bertelsmann-Stiftung
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Deutsches Islamforum
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern
- Hessisches Islamforum
- Human Rights Watch
- Koordinationsrat der Muslime
- Koordinierungsrat der Deutschen Islamforen
- Industriegewerkschaft Metall
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
- Initiativausschuss Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
- Integrationsbeauftragte der Stadt Ludwigshafen
- Interkultureller Rat in Deutschland
- Netz gegen Rassismus – für gleiche Rechte
- Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche

- Pax christi
- Verein Arbeits- und Erziehungshilfe Frankfurt am Main

Fachreferate wurde u.a. am 3. Juni 2008 im Rahmen einer Vorlesungsreihe des Deutschen Instituts für Menschenrechte – „Menschenrechtliche Integrationspolitik: Erfahrungen aus der Schlichtungsstelle für islamrelevante Konflikte“ – und am 19. September 2008 in Frankfurt am Main im Rahmen einer Netzwerktagung der Projektgruppe „Zivile Konfliktbearbeitung“ durchgeführt (Anlagen 1 und 2 zum Sachbericht).

Zu einzelnen Arbeitsergebnissen – z.B. „Ramadan im Schulalltag“ und Vorstellung der Broschüren „Das Islambild verändern“ und „Einfach fragen! – Alltag mit Muslimen“ hat das *Clearingprojekt* im Berichtszeitraum Pressemitteilungen veröffentlicht (Anlagen 3 bis 5 zum Sachbericht). Zudem wurde anlässlich der Veröffentlichung der Broschüre „Das Islambild verändern“ am 30. September 2008 in Frankfurt am Main ein Pressegespräch (Anlage 6 zum Sachbericht) durchgeführt.

Die Pressemitteilungen und das Pressegespräch wurden von den mehreren Nachrichtenagenturen aufgegriffen und fanden Niederschlag in vielen regionalen und überregionalen Tageszeitungen.

c) Erarbeitung und Verbreitung von Publikationen

Auf der Homepage des Interkulturellen Rates und in den regelmäßigen Informationen des Projektträgers wurde über den Projektfortgang regelmäßig informiert.

Neben der Online-Präsentation der Befragungsergebnisse zum Themenkomplex „Ramadan und Schulalltag“ (siehe hierzu Punkt 3a des Sachberichts) wurden im Berichtszeitraum erarbeitet und verbreitet:

- i) eine Broschüre „Das Islambild verändern – Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit“ (Anlage 7 zum Sachbericht) und
- ii) eine Broschüre „Einfach fragen! – Alltag mit Muslimen“ (Anlage 8 zum Sachbericht).

Zu i) „Das Islambild verändern – Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit“

Im September 2007 wurde im Rahmen des *Clearingprojekts* eine „Arbeitsgruppe Islambild“ eingerichtet, der die folgenden Persönlichkeiten angehörten: Bekir Alboga (DITIB), Prof. Dr. Heiner Bielefeldt (Deutsches Institut für Menschenrechte), Naime Cakir (Islamische Religionsgemeinschaft Hessen), Torsten Jäger (Interkultureller Rat), Dr. Jürgen Micksch (Interkultureller Rat), Hasibe Özaslan (Interkultureller Rat), Dr. Sabine Schiffer (Institut für Medienverantwortung Erlangen) und Wolf Walther (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge). Die Arbeitsgruppe hat im Berichtszeitraum dreimal getagt und das *Clearingprojekt* bei der Erarbeitung eines Konzepts zur Veränderung des Islambildes beraten. Dieses Konzept wurde im August 2008 dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMI, Herrn Peter Altmaier, im Rahmen eines Gesprächs beim Interkulturellen Rat vorgestellt und am 30. September 2008 unter dem Titel „Das Islambild verändern – Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit“ mit einem Pressegespräch veröffentlicht. In der Broschüre werden Anregungen zur Veränderung des Islambildes zusammengetragen, die zur Überwindung von Islamfeindlichkeit beitragen können. Die Broschüre, die zwischenzeitlich in der 2. Auflage vertrieben wird, will einen Beitrag zu

einer breit angelegten gesellschaftlichen Debatte über das Islambild in Deutschland leisten. Die Vielzahl von kritischen wie unterstützenden Rückmeldungen haben dazu geführt, dass beim Interkulturellen Rat gegenwärtig ein Sammelband erarbeitet wird, der sich mit der Frage der Islamfeindlichkeit und Konzepten zu ihrer Überwindung aus unterschiedlichen Perspektiven auseinandersetzt. Die Veröffentlichung des Bandes, zu der auch der Leiter des *Clearingprojekts* beigetragen hat, ist für September 2009 vorgesehen.

Zu ii) Einfach fragen – Alltag mit Muslimen

Anlässlich der Erfahrungstagung des *Clearingprojekts* wurde am 4. November 2008 in Frankfurt am Main die Broschüre „Einfach fragen! – Alltag mit Muslimen“ veröffentlicht.

Viele Anfragen und Eingaben insbesondere von Nichtmuslimen, die das *Clearingprojekt* erreichen, ähneln sich und haben mit dem alltäglichen Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen zu tun. Meist liegen diesen Anfragen Unkenntnis, Unsicherheit oder ein Missverständnis zu Grunde. Das *Clearingprojekt* hat deshalb eine Broschüre erarbeitet, die über einige für viele Muslime im Alltag relevante religiösen Gebote und Verhaltensweisen informiert. Lebensbereiche, die in der Broschüre angesprochen werden, sind „Essen und Trinken“, „Religiöse Feste im Jahreslauf“, „Gebete und Gebetszeiten“ und persönliche Begegnungen in unterschiedlichsten Zusammenhängen. Sie richtet sich an alle, die an einem guten Zusammenleben interessiert sind. Besonders angesprochen werden Verantwortliche, die den Alltag z.B. im Betrieb, in öffentlichen Einrichtungen oder in Institutionen organisieren. Ihnen werden Hilfestellungen gegeben, um Abläufe so gestalten zu können, dass auch die Belange von Muslimen berücksichtigt werden.

Die Broschüre wurde zwischenzeitlich zweimal nachgedruckt und in etwa 10.000 Exemplaren versendet.

d) Erfahrungstagung des *Clearingprojekts*

Am 4. November 2008 wurde in Frankfurt am Main eine Erfahrungstagung durchgeführt, in der neben Beratungen zum Thema „Das Islambild in der Bundesrepublik Deutschland“ auch die Broschüre „Einfach fragen! – Alltag mit Muslimen“ und die bisherige Arbeit des *Clearingprojekts* vorgestellt und erörtert wurde. Das Programm der Tagung, an der als Referenten u.a. Herr Prof. Dr. Udo Steinbach und der seinerzeitige Sprecher des Koordinationsrats der Muslime, Herr Dr. Axel Ayyub Köhler, mitgewirkt haben, und eine Liste der Teilnehmenden liegen bei (Anlagen 9 bis 11 zum Sachbericht).

5. Fazit

Das *Clearingprojekt* hat sich in vielen Einzelfällen als tauglich und hilfreich erwiesen, wenn es darum geht, konkrete Konflikte zu lösen. Deutlich öfter konnte es einen Beitrag dazu leisten, aufkommende Konflikte und ihre Austragung zu versachlichen oder von vorneherein durch den Ausgleich von Interessen Konflikte nicht entstehen zu lassen. Durch geeignete und umfassende Informationsarbeit konnten zudem verschiedene gesellschaftliche Debatten wie z.B. die Frage nach der Vereinbarkeit von Ramadan und Schulalltag versachlicht und Lösungswege aufgezeigt werden. Durch die Mitarbeit an Integrationskonzepten und Strategien zur Bearbeitung relevanter

gesellschaftlicher Herausforderungen wurde dazu beigetragen, dass Muslime und deren Belange grundsätzlich mit bedacht und einbezogen wurden.

Trotz dieser positiven Ergebnisse bleiben Schwierigkeiten, die vor allem in der Struktur des Projekts begründet sind: Das *Clearingprojekt* ist ausgestattet bestenfalls mit einer moralischen Autorität und dem Hinweis auf Förderung durch das Bundesministerium des Innern und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wer – insbesondere von privater Seite – sich nicht auf das (wiederholt vorgebrachte) Angebot einer Klärung/Schlichtung von einlässt, gegen den hat das Projekt keine Handhabe. In solchen Fällen bleibt erfahrungsgestützte Überzeugung, dass durch Hartnäckigkeit mindestens zur Sensibilisierung beitragen werden kann.

6. Verstetigungsperspektive

Nach dem Ende der Förderung des Projekts durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Bundesministerium des Innern zum 31. August 2009 wird angestrebt, das Projekt im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds durchzuführen. Nach Gesprächen hierüber mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesministerium des Innern wurde ein entsprechender Antrag auf Förderung im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds im März 2009 gestellt, der bislang noch nicht beschieden wurde. Die Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung hat die weitere Unterstützung des Projekts im Falle einer positiven Bescheidung des Förderantrags bereits zugesagt. Ziel ist die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer Struktur, die im Einzelfall konfliktlösend agieren und sachgerecht über Chancen, Probleme und die Normalität des Zusammenlebens von Muslimen und Nichtmuslimen informieren kann.

7. Verwendung der Bundesmittel

Die im Berichtszeitraum bereitgestellten Bundesmittel wurden überwiegend zur Deckung der Personalkosten herangezogen. Dies war angesichts der Zahl und Qualität der an das Projekt im Berichtszeitraum herangetragenen Eingaben und Anfragen erforderlich. Der hieraus entstehende Arbeitsanfall rechtfertigt die überwiegende Heranziehung der Bundeszuwendung für die Abdeckung der Personalkosten.

8. Danksagung

Das *Clearingprojekt* bedankt sich beim Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Karl-Konrad-und-Ria-Groeben-Stiftung für die finanzielle Förderung des Projekts. Für die inhaltliche Mitarbeit bedanken wir uns insbesondere bei den Mitgliedern des beratenen Netzwerkes des Interkulturellen Rates und bei den Organisationen und Einrichtungen, in denen diese Personen aktiv sind.

Darmstadt im Juni 2009
gez. Torsten Jäger, Projektleiter